

Wasserstand

Hochwasserpegel: Überflutungen mit katastrophalen Folgen betreffen nicht mehr nur Städte an großen Flüssen.

2013	03.06.
1501	15. Aug.
1595	11. März
1954	10. Juli
1787	30. Okt.
1862	2. Febr.
1899	15. Sept.
1895	4. Aug.
2002	13. Aug.

Dieser Platz war der
Fisch-Markt
ca. 1000-1842


Das Glockenspiel
im Rathausurm

22 Glocken
Gewicht 1.700 kg
Höhe 11,50 m
Reparatur von 48 Metallisten
jeweils zu Jahrestagen und Festtagen

Spieldatum
18.30 Uhr
14.00 Uhr
10.30 Uhr
21.00 Uhr
Sonstige nach 15.30 Uhr

Finanziert durch die Bürger des
Stadtviertels

AUF DIE BÜRGER ZUGEHEN

Hochwasser und Sturzfluten sind in Deutschland ein hochaktuelles Thema – und das nicht nur in unmittelbarer Nähe großer Flüsse. Allein durch die erwarteten Folgen der Klimaänderung muss mit deutlich häufigeren Ereignissen und mit um fünf bis zehn Prozent höheren Abflüssen gerechnet werden. Nicht nur der Klimawandel mit seinen Folgen, sondern vor allem menschliche Eingriffe wie die Begradigung und Kanalisierung von Flüssen, die Entwaldung und die zunehmende Flächenversiegelung verursachen höhere Hochwasser und steigern die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft.

Die Kommunen leiden besonders unter Hochwasser und Starkregen. Dort wirken sich Schäden aus und nur dort können Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Den-

Viele Probleme sind hausgemacht. Die Planungs- politik der Kommunen muss auf den Prüfstand.

noch ist bei den Kommunen das Problem-bewusstsein extrem unterschiedlich ausgeprägt. Kenntnisse der Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten sind abhängig vom Grad der Betroffenheit. Dabei müsste sich endlich flächendeckend durchsetzen, dass es einen generellen Schutz vor Starkregen nicht gibt, dass es auch in scheinbar sicheren Gebieten zu Überflutungsschäden kommen kann und dass das grundwasserbedingte Risiko häufig unterschätzt wird.

Die Probleme sind zudem in vielen Gemeinden hausgemacht. Die Planungs-politik der Kommunen muss auf den Prüfstand: die zum Teil unzureichende Hochwasser-

vorsorge, die den Hochwasserschutz kaum berücksichtigende Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, der Flächenbedarf und die Flächenversiegelung, die meist unzureichende Bevölkerungsaufklärung.

Um das Ausmaß der Hochwasserschäden zu minimieren, muss für eine standortgerechte Flächen- und Bodennutzung in potenziellen Überschwemmungsgebieten Sorge getragen werden. Dies gilt auch für solche Gebiete, die nur bei sehr seltenen Hochwasserereignissen überflutet werden und deshalb bei der Bevölkerung als hochwassersicher angesehen werden.

Es ist zu wünschen, dass die kommunale Bauleitplanung sich der Vorsorgeverantwortung stellt und die in der Vergangenheit auf das Gewässer vorgeschobene Nutzung wieder zurücknimmt. Natürliche Retentionsräume sind durch gesetzlich festgelegte Überschwemmungsgebiete zu sichern und Talauen von hochwassersensiblen Nutzungen und Bebauung freizuhalten.

Die Ausgestaltung des baulichen Hochwasserschutzes sollte sich grundsätzlich an den zu schützenden Nutzungen (beziehungsweise an dem Schadenspotenzial) ausrichten. Grünflächen, Landwirtschaft, Sportanlagen, Kleingärten brauchen keinen oder nur geringen Hochwasserschutz. Dagegen brauchen zum Beispiel Krankenhäuser, Versorgungsanlagen oder Chemiebetriebe einen höheren Schutzgrad. Die Bereiche, in

 **AUTOR**

Reinhard Vogt ist Leiter der Hochwasserschutzzentrale Köln und Geschäftsführer des Hochwasser-Kompetenz-Centrums

denen sich besonders hochwassersensible Objekte befinden, die zur Erhaltung der Infrastruktur notwendig sind oder von denen Umweltkatastrophen durch Hochwasser drohen, sollten möglichst für 200-jährliche Ereignisse geschützt werden. Allein durch diesen gestaffelten Hochwasserschutz würden viele neue Überschwemmungsräume für hohe Hochwasser entstehen, die das Schadensrisiko für die Bevölkerung deutlich vermindern würden.

Der Hochwasserschutz sollte aber auch ästhetischen Gesichtspunkten genügen und das Gemeindebild aufwerten. Die Schutzanlagen können durch viele gestalterische Elemente verschönert werden – zum Bei-

Verhaltensvorsorge und Objektschutz sind in Zeiten des Klimawandels eine Daueraufgabe.

spiel mit Mauerverkleidungen in Basalt oder durch vorbildliche Abstimmungen des Pflasters im Verteidigungsweg mit einladenden Sitzstufen. Während Deiche, Hochwassermauern und mobile Schutzanlagen als mehr oder weniger sichtbare Schutzanlagen vor Überflutungen wahrgenommen werden können, sind die ebenso aufwendigen Schutzeinrichtungen zur Sicherstellung der Entwässerung im Überflutungsfall in der Regel nicht sichtbar.

Eine Ausnahme bilden Hochwasserpumpwerke, die das „Rückgrat“ der Entwässerung im Hochwasserfall bilden. Diese Pumpwerke sind zum Beispiel in Köln architektonische Kleinode oder riesige Farbkleckse mit wasserstandabhängigem, wechselndem Farbspiel, die dauerhaft das Hochwasserbewusstsein stärken.

Selbstverständlich sind den technischen Möglichkeiten zur Errichtung oder Verstärkung des Hochwasserschutzes innerhalb

einer Kommune Grenzen gesetzt. Sie ergeben sich aus topografischen, technischen, städtebaulichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt aus der Abwägung des Risikos unter Gegenüberstellung von finanziellem Aufwand und erwartetem Nutzen.

Die Kommunikation mit dem Bürger über mögliche Schäden und deren Vermeidung, über die Verringerung des Risikos bei Extremereignissen und über das Leben mit Hochwasser und Starkregen ist Grundvoraussetzung für die schnelle und effektive Umsetzung von Schutzmaßnahmen. Die Bürger müssen von Anfang an in alle Überlegungen zum vorbeugenden Hochwasser-/Starkregenschutz eingebunden und bereits beim ersten Planungsstrich an der Umsetzung aller Schutzmaßnahmen beteiligt werden. Nur so können Interessen der Bürger ausreichend berücksichtigt werden, Optimierungen rechtzeitig erfolgen und unnötige Bauverzögerungen durch Einsprüche und Klagen vermieden werden. Der Hochwasserschutz wird schließlich für den Bürger gemacht – ein offenes Zugehen der Verwaltung auf die Bürger unter der Prämisse „Offenheit schafft Vertrauen“ ist hier die Grundlage gemeinsamen Handelns!

Besonders der Klimawandel macht eine verstärkte Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit unabdingbar. Verhaltensvorsorge und Objektschutz muss als Daueraufgabe begriffen werden. Die potenziell Betroffenen müssen intensiv mit der Gefährdung durch Hochwasser, Starkregen, Grundhochwasser und Kanalarückstau vertraut gemacht werden, damit sie entsprechend Eigenvorsorge betreiben können. Vorsorgen bedeutet: Angepasstes Bauen und Verhalten. Hierin liegen die größten Chancen, das Schadenspotenzial wirksam zu verringern.

Grundlage für eine optimale Bau- und Verhaltensvorsorge ist die genaue Kenntnis der Gefährdung. Der neue „Hochwasserpas für Wohngebäude“-Check – ein Risi-

ko-Check für Wassergefahren, der Risiken aufzeigt und Maßnahmen zum Schutz initiiert, kann hier hilfreich sein. Umfassende Informationen über alle hochwassergefährdeten Gebiete können Hochwassergefahrenkarten entnommen werden. Bei Informationsveranstaltungen in allen gefährdeten Gebieten, in Zusammenarbeit mit Energieversorgern, Haustechnik-Beratern,

Die Anpassung an Hochwasser könnte zu einem Qualitätskriterium des Städtebaus werden.

Stadtentwässerung und Fachberatern zum Thema Dichtungsmaterialien muss den Bürgern Hilfestellung zur Selbsthilfe geleistet werden. Auch um effektiv Frühwarnungen kommunizieren zu können, sind eine vorzeitige Informationen und eine aktive Diskussion mit den Betroffenen erforderlich.

In den Kommunen müssen Organisationseinheiten wie „Hochwasserbeauftragter“ oder „Hochwasserschutzzentrale“ gebildet werden, um fach- und ämterübergreifend wirksame Hochwasservorsorge zu initiieren und durchzusetzen. Insbesondere könnte diese Stelle die Alarmierung und Einsatzplanung optimieren und Bürgerinformationen schnell über neuartige Wege wie Facebook oder Twitter kommunizieren.

Die auf Naturereignisse gut vorbereitete Gemeinde könnte in Zukunft ein Standortvorteil sein. Mit dem Audit „Hochwasser – wie gut sind wir vorbereitet“ könnte dies dokumentiert werden und in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit dargestellt werden. Hohe Sensibilität für Hochwasser und die Anpassung an diese und andere Naturkatastrophen könnten neben einer optimalen Problembewältigung und einer gewissen „Katastrophenresistenz“ ein Bestandteil zukünftiger städtebaulicher Leitbilder und als Voraussetzung zur Nachhaltigkeit in der Bauleitplanung gelten.

Reinhard Vogt



Foto: Mib67/Fotoalta

Siedlung unter Wasser: Vorsorge- und Notfallkommunikation gewinnen an Bedeutung.